Nummer 2

Mit Kurszettel **Berliner Börsen-Zeitung** Mit Kurszettel

Verantwortliche Leiter: Handelsteil: Walther Funk. Politischer Teil: Dr. Richard Jügler, Kunst und Wissenschaft: Franz Köppen, Lokales und Sport: Gerhart Rentner, sämtlich in Berlin.

Verantwortlich: Für den Inseratenteil Christian Hagen, Berlin. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37.

Abendausgabe . 20 Pfennig. 73. Jahrgang Montag, 2. Januar 1928

Die Berliner Länder-Konferenz.

Mitteilungen des Staatssekretärs Pünder.

Am 16. Januar tritt die von der Reichsregierung einberufene Konferenz der Ministerpräsidenten der Länder in Berlin zusammen, um im Rahmen des Programms, das der Reichskanzler aufgestellt hat, das Problem „Reich und Länder" zu behandeln. Diese Konferenz ist ohne Zweifel eines der wichtigsten innenpolitischen Ereignisse des neuen Jahres. Da bisher über die Grundzüge jenes Programms hinaus wenig über Absichten und Meinung der Reichsregierung in dieser Beziehung bekannt geworden ist, so verdienen die Ausführungen, die der dem Reichskanzler persönlich und politisch nahestehende Staatssekretär der Reichskanzlei, Dr. Pünder, über das Thema „Reich und Länder" in der „Germania" veröffentlicht, besonders Beachtung, denn es ist sicher, daß die Mitteilungen Dr. Pünders in vollem Umfange den Intentionen des Reichskanzlers entsprechen.

Der Verfasser stellt fest, daß die Länderkonferenz mit aller Sorgfalt vorbereitet werde, daß die Konferenz keineswegs nur informatorischen Charakter tragen würde, sondern daß es zu positiven Entschließungen kommen solle und werde. Die Reichsregierung beabsichtigt nicht, „die durch Tradition gewordene und durch Verfassung verankerte gegenwärtige staatliche Struktur Deutschlands durch die Januarkonferenz zu zerstören." Große Veränderungen müßten langsam reifen. Pünder weist hier auf das Verhältnis zwischen dem Reich und Preußen hin, nennt dieses Verhältnis einen Kardinalfehler unserer staatlichen Struktur und ist der Meinung, daß die Januarkonferenz in dieser Beziehung wohl keine Entschließungen bringen werde. Baldiger Lösung bedürftig erscheine aber die Frage, was mit den leistungsschwachen Ländern zu geschehen habe, die vielleicht einmal den Wunsch äußern würden, ihre eigene Staatlichkeit aufzugeben. Es würde zu entscheiden sein, ob einem solchen Lande der Charakter eines Reichslandes oder einer Reichsprovinz oder sonst irgendein Charakter zu verleihen sei. Hierbei würde wohl die Frage der Schaffung von Reichsländern grundsätzlich angeschnitten werden. Dr. Pünder deutet dann auf die Wahrscheinlichkeit hin, daß die Januarkonferenz eine endgültige Lösung wohl schon auf bezug auf das Schicksal dreier kleinster mitteldeutscher Länder bringen werde, deren Aufgehen in Preußen ins Auge gefaßt ist. Auch die Beseitigung der hunderte von Enklaven wird erwogen und gefördert werden.

Die Ministerpräsidentenkonferenz soll sich der Aufgabe unterziehen, ein klareres Verhältnis in der Zuständigkeitsverteilung zwischen Reich und Ländern herbeizuführen. Sodann soll erwogen werden, durch welche Maßnahmen die notwendige Sparsamkeit in der Bemessung jedweder öffentlicher Ausgaben wirksam gesichert werden kann. Der letzte Programmpunkt ist die Verwaltungsreform in Reich und Ländern. Staatssekretär Pünder stellt fest, daß im Zeitalter der Eisenbahnen, des Flugverkehrs, des Fernsprechers, des Radio usw. sehr vieles auf dem Gebiet der Verwaltungsreform nachzuholen sei, und zwar nicht nur bei den Ländern, sondern auch beim Reich. Es sei dringend zu hoffen, daß gerade auf diesem Gebiete die Januarkonferenz uns einen Schritt vorwärts bringen werde.

Aus den Ausführungen des Staatssekretärs Pünder geht also zunächst hervor, daß mit dem Verschwinden einiger ganz kleiner Freistaaten zu rechnen ist. Darüber hinaus ist bekannt, daß auch in wesentlich größeren Freistaaten, wie zum Beispiel in Hessen und Thüringen, starke Bestrebungen vorhanden sind, die Eigenstaatlichkeit teilweise oder ganz aufzugeben. Thüringen hat zum Beispiel schon vor längerer Zeit erwogen, sein Finanzsystem in das Reich aufgehen zu lassen und hat dementsprechende Vorschläge eingereicht. Kommen solche Probleme zur Erörterung, so können sie selbstverständlich nicht in dem Gremium einer derartigen Länderkonferenz entschieden werden, da sie die Grundlagen des Reiches berühren. Mit besonderer Vorsicht muß auch die Neuregelung des Stimmenverhältnisses im Reichsrate geregelt werden. An der Frage, ob eine etwaige Machterweiterung Preußens eine Folge der Länderkonferenz ist, haben auch andere Länder mitzureden.

Man sieht, daß die Länderkonferenz Teilfragen lösen und die Erörterung großer Fragen in Fluß bringen kann.

— **Die Zusammenkunft Mussolini-Briand.** Das „Neue Wiener Tageblatt" meldet aus Rom, daß nach offiziösen Informationen die Zusammenkunft Mussolini-Briand zwischen dem 18. und 22. Januar stattfinden wird, und zwar vor dem Zusammentritt der nächsten Völkerbundsratstagung.

Die alte Taktik geht weiter: Friedensreden und — Aufrüstung!

Neue französische Flottenbauten.

TU Paris, 2. Januar.

Marineminister Leygues wies bei dem gestrigen Neujahrsempfang des Marinepersonals darauf hin, daß im Jahre 1927 25 Einheiten und drei Luftschiffgeschwader in Dienst gestellt, 24 Einheiten in Auftrag gegeben und die notwendigen Kredite für die Erbauung von 19 anderen Einheiten genehmigt worden seien. Die Kreuzerfahrten der französischen Flotte hätten die ausgezeichneten nautischen Eigenschaften des neuen Materials ergeben, doch sei das Werk der Erneuerung der französischen Flotte erst begonnen.

Flugzeuge auf englischen U-Booten, ein sorgsam gehütetes Geheimnis.

TU London, 2. Januar.

Die von der „London Gazette" gemachte Ankündigung, daß die britische Flotte über Unterseeboote verfügt, die zusammenlegbare Flugzeuge an Bord führen könne, hat in verschiedenen Marinekreisen peinliches Aufsehen erregt. Man ist in diesen Kreisen der Ansicht, daß das von der Admiralität peinlich gehütete Geheimnis durch die gestrige Ankündigung in der offiziellen „London Gazette" ganz unnötigerweise preisgegeben wurde. Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, daß auch die amerikanische Flotte seit längerer Zeit geheime Experimente in der gleichen Richtung macht. Der sozialistische Abgeordnete Kenworthy erklärt, daß die amerikanischen Versuche, zusammenlegbare kleine Flugzeuge in Unterseebooten zu befördern, erfolgreich verlaufen seien. Die britische Admiralität lehnt einstweilen die Bekanntgabe von Einzelheiten über die Konstruktion der Unterseeboote und der mitzuführenden Flugzeuge ab.

Beteiligung der Dominien an den englischen Rüstungsausgaben.

Der gegenwärtige Besuch des Kolonialministers Amery in allen größeren britischen Dominions hängt, wie berichtet wird, u. a. auch mit dem Ziel zusammen, die britischen Dominien an den Ausgaben der britischen Admiralität, des Kriegs- und des Luftfahrtministeriums zu beteiligen. Man ist der Ansicht, daß ein Anteil der Dominien an den britischen Verteidigungskosten nur billig sein und gleichzeitig die Bande zwischen dem Mutterlande und den Dominions fester knüpfen würde. Auf jeden Fall erhofft man aus Amerys Besuch in den verschiedenen Dominien eine stärkere Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Luftfahrt. Das Luftfahrtministerium wird daher trotz der Sparpolitik der Regierung seinen Etat nicht vermindern, sondern eher vergrößern, während die beiden anderen Verteidigungsministerien einstweilen noch um die Anerkennung ihrer Wünsche kämpfen.

Briand, der Abrüstungsredner.

Er hofft auf „Fortschritte".

London, 1. Januar.

Zu einem Interview mit dem Pariser Korrespondenten der „Sunday Times" sagte der Minister des Aeußern Briand u. a.: Es besteht aller Grund zu der Hoffnung, daß Italien und Frankreich zu einer Vereinbarung kommen werden. Bezüglich der Balkangrenzen kann meines Erachtens erreicht werden, was bezüglich anderer Grenzen durch den Locarnopakt zustandegebracht wurde. Dieses Balkanlocarno würde im Zusammenhang stehen mit dem Richtangriffspakt, den wir die Sowjetregierung vorgeschlagen hat, und über den Verhandlungen beginnen werden, sobald der neue russische Botschafter in Paris eintrifft. Diese Verträge rufen keinerlei Feindschaft oder Mißtrauen hervor, wenn sie nur der vom Völkerbund empfohlenen Art von Verträgen entsprechen. Eines der Dinge, die ich für 1928 erhoffe, ist der Abschluß eines französisch-amerikanischen Paktes über Aechtung des Krieges, der, beiläufig bemerkt, auf andere Länder ausgedehnt werden könnte. Sobald der amerikanische Botschafter nach Paris zurückkehrt, werden die Besprechungen über die Frage des Paktes eine greifbare Form annehmen. Briand betonte weiter die Verminderung, die die französische Heeresstärke gegenüber der Zeit vor dem Kriege erfahren habe, und sprach die Hoffnung aus, daß 1928 die materielle Abrüstung überall fortschreiten werde. Zum Schluß sagte er: Besonders wünsche ich für das neue Jahr die Entwicklung der Politik französisch-deutscher Annäherung, die ich auf französischer Seite und Dr. Stresemann auf deutscher Seite begonnen haben. Eine Politik der Isolierung und der Rüstungen ist überhaupt keine Politik. Sollen Frankreich und Deutschland nach einem Kampf, der beide fürchterlich geschwächt hat, auf einem Wege vorwärts gehen, der sie schließlich unvermeidlich zu einem neuen Kriege führt? Nein. Die Politik, die ich jetzt betreibe, habe ich im Jahre 1921 geplant.

Der französische Botschafter in Berlin feiert die „Friedenspolitik" Frankreichs.

Paris, 2. Januar.

Der französische Botschafter in Berlin de Margerie erklärte nach „Matin" in seiner Ansprache beim gestrigen Neujahrsempfang der französischen Kolonie: Wenn wir einen Rückblick werfen auf das Jahr 1927, halten wir dann nicht das Recht, zu behaupten, daß dies Jahr einen ernstlichen Fortschritt für die internationale Verständigungs- und Friedenspolitik brachte, die das beständige Ideal Frankreichs bleibt? Wer hat in diesem Jahr mehr als Frankreich und der Leiter seiner Außenpolitik Beweise der ständigen Entwicklung Frankreichs im europäischen Sinne gegeben, immer deutlicher für die, die um eine umfassende Solidarität der Welt besorgt sind, die die großen menschlichen Interessen nach dem Sturm besser verteilt, der den Bankerott der Hegemonie und Beherrschungspolitik gekennzeichnet hat.

Ein Gegenstück: Hetzinschriften gegen Deutschland in französischen Kasernen.

Paris, 2. Januar.

In einem Artikel des „Populaire" wird darauf hingewiesen, daß an den Kasernenmauern in Laval noch Inschriften aus der Kriegszeit vorhanden sind, die für die Deutschen verletzend sind. Der „Populaire" fragt deshalb, warum seiner der Kommandeure des 124. Infanterieregiments seit dem Kriege die Initiative ergriffen hätte, um diese Inschriften zu beseitigen. Wisse Kriegsminister Painlevé, daß diese Inschriften noch bestehen? Und wenn er das wisse, wie könne er ihren Fortbestand mit dem Geist von Locarno vereinbaren, den er manchmal zu verherrlichen wage, wenn er sich außerhalb der Sehweite des Großen Generalstabes befinde?

Amerikanische Gegenvorschläge zum französischen Antikriegspakt.

Pariser Enttäuschungen.

Paris, 2. Januar.

Nach einer Meldung des „New York Herald" präzisiert Staatssekretär Kellogg in der französischen Regierung zur Frage eines Friedenspaktes überreichten Note den Inhalt des neuen Abkommens wie folgt: 1. Frankreich und die Vereinigten Staaten verpflichten sich, jede Streitigkeit einer internationalen Schiedsgerichtskommission zu unterbreiten. 2. Die Streitfälle juristischer Art, die nicht den eigentlichen Gegenstand des Vertrages bilden, werden zur schiedsgerichtlichen Entscheidung dem Ständigen Internationalen Gerichtshof im Haag oder jedem anderen Gericht, das die Parteien einsetzen könne, unterbreitet. 3. Dieser Schiedsgerichtsvertrag ist nicht anwendbar in innerpolitischen Fragen, in Fällen internationaler Verwicklung, bei denen eine dritte Macht in Frage kommt, und ferner, wenn es sich um die Monroe-Doktrin handelt.

Hierzu schreibt das „Echo de Paris", die letzte amerikanische Mitteilung lasse alle Hoffnungen Frankreichs schwinden, denn Amerika wolle allen anderen Ländern die Möglichkeit geben, einem derartigen Kriegsbannpakte beizutreten. Es handele sich also um ein System, das den Krieg ausschließe, aber keine Sanktionen gegen diejenigen vorsehe, die ihre Gelöbnisse nicht halten würden. Dadurch würde die Wirksamkeit des Völkerbundsstatuts, besonders bzgl. Art. 16 vermindert. Indem seien die Vereinigten Staaten nicht geneigt, alle Fragen einem Schiedsgericht zu unterwerfen, insofern als in Art. 1 des amerikanischen Paktvorschlages ausdrücklich die Zustimmung der amerikanischen Regierung zu der Unterbreitung von Streitfragen dem Haager Schiedsgericht vorbehalten sei.

Italienische Maschinengewehre für Ungarn.

Zwischenfall mit österreichischen Zollbeamten.

Wien, 2. Januar.

Der „Morgen" meldet aus Graz, daß sich am Sonntag in Szent-Gotthard, der auf ungarischem Gebiet gelegenen Zollstation an der steierisch-ungarischen Grenze, ein Zwischenfall ereignete, der großes Aufsehen hervorgerufen hat. Mit einem Güterzuge aus Verona waren fünf Waggons eingetroffen, deren Ladung als „Maschinenbestandteile" deklariert war. Die Waggons enthielten aber, wie sich herausstellte, zerlegte Maschinengewehre. Die österreichischen Zollbehörden verlangten nun, daß die Waggons nicht weiter geschoben würden. Trotzdem schoben die ungarischen Bahnbehörden unter militärischer Bewachung die fünf Waggons mit den Maschinengewehren weiter und traten den österreichischen Zollbeamten, die sie daran hindern wollten, mit Waffengewalt entgegen. Die österreichische Zollbehörde hat nach dem Vorfall Szent-Gotthard verlassen, so daß die Züge seitdem nicht mehr abgefertigt wurden.

Prag, 2. Januar.

Das tschechoslowakische Pressebureau teilt mit: Zu dem gestrigen Zwischenfall an der österreichisch-ungarischen Grenzzollstation Szent-Gotthard wird ergänzend mitgeteilt, daß die zerlegte Teile von Maschinengewehren enthaltenden Waggons aus Verona nach Slowakisch-Neustadt adressiert waren und im Transitwege über Oesterreich und Ungarn gesandt werden sollten. Tatsächlich sollten aber diese Waffen in Ungarn bleiben.

— **Der Zeitpunkt der französischen Wahlen.** Der „Matin" glaubt mitteilen zu können, daß für den ersten Wahlgang der französischen Wahlen endgültig der 22. April und für den zweiten Wahlgang der 29. April festgesetzt sind. Der „Petit Parisien" bestätigt diese Nachricht.

Hindenburg-Worte an die Nation und das Ausland.

Neujahrsempfänge beim Reichspräsidenten.

Reichspräsident von Hindenburg empfing am Neujahrstage um 12 Uhr mittags die Chefs der hiesigen fremden diplomatischen Vertretungen, denen im Ehrenhof des Reichspräsidiums von einer Abteilung Reichswehr die üblichen militärischen Ehrenbezeugungen erwiesen wurden.

Die Glückwünsche des Diplomatischen Korps brachte der

Apostolische Nuntius Monsignore Pacelli

als Dayen zum Ausdruck. Er führte hierbei u. a. aus: „Das Gefühl des Vertrauens, das die Wohltaten des Friedens und die internationalen politischen und wirtschaftlichen Uebereinkommen bei den Völkern hervorrufen und nähren, hat dazu beigetragen, in den verschiedenen Staaten das große Werk des Wiederaufbaus auf dem Trümmerfeld, das die furchtbare Geißel des Krieges hinterlassen hat, zu fördern. Unter diesen Staaten nimmt einen wichtigen Platz die Nation ein, deren oberstes Amt Sie, Herr Reichspräsident, inne haben. Möge das gewaltige Wiedererstehen des menschlichen Fortschritts von dem erhabenen Lichte der Wahrheit erleuchtet und getragen werden von einem geistigen und sittlichen Emporstreben der Seelen, von dem Gefühl der Gerechtigkeit und Liebe; denn dieses ist das Band der Einigkeit, aus der Wohlstand und Ordnung fließen. In der Morgenstunde des neuen Jahres, von dem wir wünschen, daß es reich an Friede und Wohlergehen sei, ist es mir eine besondere Freude, Ihnen, Herr Reichspräsident, im Namen der hochgeschätzten Kollegen des Diplomatischen Korps, dessen Dolmetsch zu sein ich die Ehre habe, die verehrungsvollsten und heißesten Glückwünsche für Ihre Person zu überbringen, für Ihre Familie sowie für die gesamte große deutsche Nation."

Der Reichspräsident

erwiderte mit folgenden Worten: „Mit wärmstem Danke nehme ich die Glückwünsche entgegen, die Sie im Namen des Diplomatischen Korps dem deutschen Volke und mir als seinem Vertreter in so herzlichen Worten dargebracht haben. Sie haben daran erinnert, daß in dem nunmehr abgeschlossenen Jahre trotz der immer wieder sich einstellenden Schwierigkeiten und Hemmungen neue Fortschritte auf dem Wege der Befriedung und der Annäherung der Nationen erzielt worden sind. **Ich hoffe und wünsche, daß die harten Prüfungen der Vergangenheit und die wirtschaftlichen, sozialen und geistigen Nöte der Gegenwart in den Völkern, von denen jedes einzelne im Zusammenleben der Menschheit seine wichtigen und unentbehrlichen Aufgaben zu erfüllen hat, den Willen zur Zusammenarbeit und das Verständnis für die Lebensnotwendigkeiten jedes einzelnen Volkes vertiefen und verstärken werden.** Leidenschaftliche Hingabe an das Vaterland schließt den Dienst an der Menschheit nicht aus. Die Völker aber werden sich um die Herbeiführung einer wahren Friedensgemeinschaft der Nationen um so freudiger bemühen, wenn sie von der Ueberzeugung erfüllt sein können, daß dieser Friede zugleich die Herrschaft der Gerechtigkeit und ihres höchsten Gutes, der Freiheit, begründet. So sehr das deutsche Volk noch von eigenen Sorgen bedrückt ist, die es weder vergessen noch zurückstellen kann, wird es sich doch an allen Bemühungen um einen echten Frieden entschlossen und aufrichtig beteiligen, in der Erwartung, daß so die Erreichung jenes Menschheitsideals der Gerechtigkeit in den Beziehungen der Völker untereinander am besten gefördert wird. Herr Nuntius! Möge das neue Jahr, dessen Pforte sich heute öffnet, unseren gemeinsamen Wunsche, daß das göttliche Gebot der Liebe und des Friedens in immer sich steigendem Maße auch für die Staaten und Nationen Geltung gewinne, Erfüllung gewähren, möge es aus der Saat die Ernte, die wir erhoffen, hervorsprießen lassen."

Hierauf begrüßte der Reichspräsident die einzelnen Botschafter, Gesandten und Geschäftsträger und wechselte mit ihnen Neujahrswünsche. Bei dem Empfang waren, außer Staatssekretär Dr. Meißner und den anderen Herren der Umgebung des Reichspräsidenten, Reichskanzler Dr. Marx, der Staatssekretär des Auswärtigen Amts Dr. von Schubert sowie der Chef des Protokolls Gesandter Köster zugegen.

Im Anschluß hieran empfing der Herr Reichspräsident den Reichskanzler sowie die hier anwesenden Reichsminister und Staatssekretäre der Reichsregierung.

Reichskanzler Dr. Marx

richtete an den Herrn Reichspräsidenten eine Ansprache und betonte hierbei: „Wenn ich in diesem feierlichen Augenblicke die Erinnerung an den Tag vor einem Jahre zurückrufen darf, so will es mir nicht als überheblich erscheinen, auf das abgelaufene Jahr mit dem Gefühl dankbarer Befriedigung zurückzublicken. Nicht als ob irgendwie besondere Geschehnisse die Lage unseres Reiches oder Volkes entscheidend geändert hätten. Wir erwarten sie nicht und wissen, daß der Wiederaufbau unseres Volkes nur schrittweise und in unablässiger Arbeit zu erringen ist. Zwar ist **der Herzenswunsch des gesamten deutschen Volkes, die Befreiung des besetzten Gebietes, noch nicht in Erfüllung gegangen,** aber dennoch ist eine Besserung und Festigung unserer auswärtigen Lage unverkennbar. Mit großer Freude darf ich feststellen, daß die ernste Sorge der uns im Vorjahre drückenden Arbeitslosigkeit mit allen ihren schweren Schädigungen seelischer und materieller Not zu einem großen Teile von uns genommen ist; auch daß wir von schweren Wirtschaftskämpfen verschont blieben, zeugt von der immer mehr sich durchsetzenden Erkenntnis, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemeinsam an der Meisterung der schweren Wirtschaftsprobleme arbeiten müssen, die uns die Nachkriegszeit zurückgelassen hat. Meine Hoffnung ist, daß dieser Gedanke auch im kommenden Jahre sich immer tiefer festsetzen möge. Daß es gelungen ist, unserer treuen und bewährten Beamtenschaft zum Schluß des Jahres das zu geben, was nach Lage unserer Staatsfinanzen und unter Berücksichtigung der Wirtschaftsverhältnisse möglich war, erfüllt uns mit besonderer Genugtuung.